

Bericht des Landes Niedersachsen

zur gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder (GKVS) am 17./18. September 2012 in Brandenburg/Havel und zur Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 4./5. Oktober 2012 in Cottbus

TOP 7.1 Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Klassifizierung der Bundeswasserstraßen

Bericht

Mit der geplanten Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) soll eine Straffung und Effizienzsteigerung erreicht und die begrenzten öffentlichen Mittel optimiert verwendet werden. Dieses Ziel wird von den Ländern grundsätzlich anerkannt. Die WSV ist für die Länder von großer Bedeutung. Die Länder arbeiten in verschiedenster Form eng mit der WSV zusammen. Eine Reform der WSV hat somit ganz unmittelbare Auswirkungen auf die Länder. Daher müssen die Interessen der Länder bei der Reform berücksichtigt werden.

In dem 5. Bericht des BMVBS zur WSV-Reform werden die Grundzüge der Neustrukturierung der WSV beschrieben.

Auf der Entscheidungsebene wird demnach die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in einer Generaldirektion in Bonn zentralisiert.

Die bisherigen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen werden zu Außenstellen der Generaldirektion ohne eigene Entscheidungskompetenz. Die Wasser- und Schifffahrtsämter sollen nach dem Konzept örtliche Aufgaben der Wasserstraßenunterhaltung übernehmen; für die Schifffahrtsbelange und die verkehrlichen Aufgaben sollen Revierämter zuständig werden. Im Neubaubereich soll es 4 Schwerpunktdienststellen geben, die für spezielle Aufgabenprofile bundesweit zuständig sein sollen: Schleusen, Wehre, Ufer und Sonderaufgaben.

Durch diese Organisationsform verlieren die Länder ihre regionalen Ansprechpartner für den Ausbau der Wasserstraßen und die Optimierung des Wasserstraßennetzes.

Vor dem Hintergrund großer Herausforderungen bei der Bewältigung der voraussichtlich deutlich ansteigenden Gütermengen sollte eine Struktur der WSV zu entwickelt werden, die zukunftsfähig ist, aber auch den zwingenden logistischen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft im weltweiten Handel gerecht wird.